IMT Nuremberg Archives

H – 3825

International Court of Justice

H3825 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 9 August 1948

I certify that Document Number 3819-PS was introduced into evidence as Exhibit Number GB-306 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3825 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 3819-PS No. GB-306 is a photostat of an original document submitted in evidence by the British Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C.

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military Tribunal

Nuremberg, 9 August 1948

H3825 – 0004

Rk. 8096

FQ., den 7. April 1944

1.) Das anliegende Schreiben nebst den beiden Anlagen wurde mir gestern von Oberbürgermeister Liebel im Auftrage des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion übergeben.

2.) Frl.Altenkirch: Eintragen!

3.) Hrn.pers.Ref.erg.m.d.B.u.R.

Gi

H3825 – 0005

1.) Mit Reichsleiter Bormann
besprochen. Er teilte mir
mit, daß Gauleiter Sauckel
nach Ostern zum Führer zum
Vortrag käme und der Führer
die Absicht habe, mich zu
diesem Vortrage hinzuzuziehen.

2.) Hrn.pers.Ref.erg.m.d.B.u.R.

FQ., den 8.4.44

H3825 - 0006

Nr. 2409 f

Der Reichsminister
für
Rüstung und Kriegsproduktion
Der Chef des Rüstungsamtes

Berlin NW 7, den 6. April 1944 k
Unter den Linden 36

Herrn
Reichsminister L a m m e r s
F ü h r e r h a u p t q u a r t i e r

Sehr geehrter Herr Reichsminister !

Im Auftrage von Reichsminister S p e e r übersende ich Ihnen beiliegend Abschrift eines Schreibens des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, an den F ü h r e r sowie die Stellungnahme des Reichsministers Speer zu diesem Schreiben, mit der Bitte um Kenntnisnahme.

H e i l H i t l e r !

Ihr
sehr ergebener
Hartmann.

H3825 – 0007

Abschrift

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz

Paris, den 17.3.1944

Geheim!

Mein Führer!

In meinem Bericht vom 2.12.1943 über die Lage des Arbeitseinsatzes und in der darauf erfolgten Besprechung in Ihrem Hauptquartier habe ich pflichtmässig darauf hingewiesen, dass der im Jahre 1943 erreichte Gesamtbeschäftigtenstand der Kriegswirtschaft im Jahre 1944 nur gehalten werden kann, wenn es gelingt, auch in diesem Jahre Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten in stärksten Maße zu mobilisieren.

In den von mir daraufhin aufgestellten Arbeitseinsatzprogramm 1944, das von Ihnen gebilligt worden ist, war u.a. auch die Bereitstellung von 1 Million franz. Arbeitskräfte vorgesehen. Nur wenn die Franzosen gestellt werden, kann die von Ihnen festgelegte Zahl von 4,e5 Millionen aufzubringenden Arbeitskräften erreicht werden.

Die erforderlichen organisatorischen Maßnahmen für die Mobilisierung dieser Kräfte sind, soweit es meine Zuständigkeit anbelangt, bereits im letzten Quartal 1943 getroffen worden. Nunmehr stellen sich aber der Verwirklichung meines Planes ernste Schwierigkeiten entgegen, die ausserhalb meiner Machtbefugnisse liegen und die ich Ihnen mit der gehorsamsten Bitte um Entscheidung vortragen muss.

I.

Die Ernennung von Schutzbetrieben (S-Betriebe) für die Sicherung von Rüstungsaufgaben und der zivilen Auftragsverlagerung ist in den besetzten Westgebieten in einem Ausmaß und in einer Form erfolgt, dass dadurch ein flüssiger und rationeller Arbeitseinsatz unmöglich gemacht wird. Ich darf dazu folgende Einzelheiten bemerken:

Seit Übernahme meines Auftrages war ich selbst von mir aus ständig bemüht, die Durchführung der deutschen Aufgaben in den besetzten Gebieten mit allen Mitteln zu fördern. Ich habe dabei allerdings im Interesse der Ausnutzung des gesamten europäischen Arbeits-

H3825 - 0008

potentials für die deutsche Kriegführung stets verlangt, dass die ausländischen Betriebe in Bezug auf rationelle Gestaltung des Arbeitseinsatzes sich genau so auszurichten haben, wie die deutschen Betriebe, d.h., dass sie insgesamt nur soviel Kräfte beschäftigen dürfen, wie sie für die Erfüllung ihrer vordringlichen Aufgaben benötigen und dass sie nicht Kräfte - insbesondere Angehörige von militärisch interessanten Jahrgängen - dem deutschen Zugriff für einen Einsatz im Reich entziehen.

Ich habe ferner darauf gesehen, dass der Anteil an Facharbeitern (die so dringend für den weiteren Ausbau der deutschen Rüstung gebraucht werden) auf das unerlässliche Maß beschränkt wird. Die Betriebe wurden auch angehalten, in grösstmöglichem Ausmaß Hilfskräfte zu Facharbeitern anzulernen - genau so, wie es in deutschen Betrieben geschieht - . Sie wurden angehalten, soviel wie möglich Frauen einzustellen, um Männer freizumachen.

Die Verfolgung dieser Grundsätze eines rationellen Arbeitseinsatzes war in den vergangenen Jahren mit eine Voraussetzung dafür, dass Hunderttausende wertvoller Arbeitskräfte in deutsche Betriebe überführt werden konnten.

Die Einhaltung dieser Grundsätze hat die deutschen Aufgaben in den besetzten Gebieten in keiner Weise gefährdet. Dies zeigen die ständig steigenden Umsatz- und Ausbringungszahlen und die steigende Zahl der Beschäftigten in den für deutsche Zwecke arbeitenden Betrieben.

Nunmehr sind jedoch in Frankreich rund 5.900 RÜ-Betriebe mit 890 000 Beschäftigten und rund 8.500 Zivilbetriebe mit rund 550.000 Beschäftigten durch die Ernennung zu S-Betrieben meiner Einflussnahme entzogen worden. In diesen Betrieben kann der Kräftebedarf von meinen Dienststellen nicht mehr nachgeprüft werden. Ich bin nicht in der Lage zu prüfen, ob Kräfte gehortet werden, ob überzählige Facharbeiter vorhanden sind, in welchem Ausmaße sich Angehörige der jüngeren Jahrgänge in diese Betriebe geflüchtet haben. Von meinen Dienststellen kann auch ein arbeitseinsatzmässig vernünftiger Austausch derart, dass Frauen und nicht ausgleichfähige Kräfte in diese Betriebe eingewiesen werden, um voll leistungsfähige Kräfte für Deutschland freizumachen, nicht mehr durchgeführt werden. Dieser Austausch ist aber unerlässlich, wenn 1 Million Kräfte mobilisiert werden sollen. Ich darf bemerken, dass neben den genannten Gruppen von S-Betrieben weiter-

040213

H3825 – 0009

B 040214

hin geschützt sind:

Bahn und Verkehr mit rund		450,000 Kräften
Landwirtschaft	" "	2.750.000 "
OT	" "	150.000 "
Luftwaffenbau) Marinebau und) Rüstungssektor)	" "	200.000 "
Wehrmachtdienststellen	"	140.000 "
Forstwirtschaft mit	"	250.000 "
Gendarmerie	" "	130.000 "

Ähnliche Verhältnisse liegen auch in Belgien vor.

Bei dieser Lage ist es unerläßlich, dass ich wieder freie Hand bekomme, um allgemein einen rationellen Arbeitseinsatz, der im ~~frax~~ dringendsten Interesse der Kriegswirtschaft liegt, durchzuführen, wobei ich selbstverständlich voll die Verantwortung dafür übernehmen will, dass die deutschen kriegswichtigen Aufgaben in den besetzten Gebieten arbeitseinsatzmäßig in jeder Weise gefördert werden.

Ich darf Ihnen, mein Führer, in diesem Zusammenhang melden, dass auch in den letzten Monaten die für die OT für die Erfüllung ihrer vordringlichen Bauprogramme im Westen erforderlichen Kräfte gestellt worden sind. Desgleichen sind die RM-Betriebe laufend mit Arbeitskräften versorgt worden.

2.

Eine weitere Schwierigkeit für die Durchführung meines Planes besteht / in den völlig unzulänglichen Exekutivmitteln, die in den besetzten Gebieten zur Verfügung stehen.

Bei der infolge der Feindpropaganda und der Terrorakte immer ablehnender werdenden Haltung der französischen Bevölkerung, freiwillig nach Deutschland zu gehen oder einer Dienstverpflichtung Folge zu leisten, kommt einer schlagkräftigen Exekutive eine entscheidende Bedeutung für den Erfolg zu. Bei aller Anerkennung der Arbeit, die der neue Polizeichef Darnand für die Ordnung und Verbesserung der französischen Polizei inzwischen geleistet hat, bleibt bestehen, dass die französische Polizei die ihr im Rahmen der Frankreich-Aktion zufallenden Aufgaben nicht mit dem genügenden Erfolg durchführt. Die Polizei ist zahlenmäßig zu schwach, personell nicht genügend zuverlässig und ungenügend bewaffnet. Sie scheut sich, gegen Dienstpflichtverweigerer vorzugehen, um sich nicht Vergeltungsmaßnahmen der

H3825 – 0010

Terroristen auszusetzen. Das Terrorunwesen nimmt in der Mehrzahl der Bezirke ständig zu. Der Terror arbeitet gegen diejenigen, die nach Deutschland gehen wollen und ihre Familie, gegen die Regierung und ihre Organe und bedroht den Verkehr, sodass ganze Departements auch heute noch auf Strassen nicht befahrbar sind..

Die deutsche Polizei ist zahlenmässig nicht stark genug, um neben ihren sonstigen Polizeiaufgaben auch noch die Suche nach Dienstpflichtverweigerern genügend durchzuführen zu können. Der Herr Militärbefehlshaber hat in Anerkennung der besonderen Bedeutung der Frankreich-Aktion einen Befehl erlassen, der den Einsatz von Feldgendarmerie und, soweit es die anderen Aufgaben zulassen, notfalls auch der Truppe anordnet. Ich selbst bin bemüht, in Zusammenarbeit mit dem höheren SS- und Polizeiführer ein Schutzkorps aufzubauen, das in Ergänzung zu den übrigen Polizeiorganen die zwangsweise Erfassung der Dienstpflichtverweigerer und ihren Abtransport durchzuführen hat. Die Durchsetzung der Staatsautorität auf dem Teilgebiet des Arbeitseinsatzes stellt sich nur als ein Ausschnitt aus der Frage der Gesamtautorität dar. Es muss gelingen, dem Terrorunwesen ein Ende zu machen und damit wieder sicherzustellen, dass ein gegebener Staatsbefehl auch beachtet wird. Es ist nötig, dass neben der Unterstützung der Aufbauarbeit des Polizeichefs Darnand ein verstärkter Truppeneinsatz besonders in den Fällen erfolgt, in denen unmittelbare Angriffe gegen Truppen oder Dienststellen erfolgen.

Ich darf zusammenfassend bemerken, dass die Verstärkung der Exekutivmittel eine unerlässliche Voraussetzung für die Durchführung der gegenwärtig laufenden Auskämmaßnahmen ist. Im Rahmen dieser Auskämmaßnahmen wird geprüft, welche Kräfte in den Betrieben überzählig sind, welche bei weniger kriegswichtigen Aufgaben beschäftigt sind und wenn welche fachlich nicht voll ausgelastet sind. Es wird damit versucht, durch Absug der entbehrlichen Arbeitskräfte für das Reich und durch Ordnung des innerbetrieblichen Arbeitseinsatzes in Frankreich die bestmögliche Steigerung des Gesamtpotentials zu erreichen.

Sollten die Auskämmaßnahmen nicht ausreichen, um die Zahl von 1 Million Kräften zu bringen, so wird entweder die jahrgangsweise Aushebung von Kräften ohne Ausnahme oder die gemeindeweise Musterung aller männlichen Personen in der Form einer militärischen Requisition zu überprüfen sein. Auch hierfür ist die vorherige Erweiterung und Verschärfung der Exekutivmittel unerlässlich.

B 040215

Ihr stets gehorsamer und getreuer

gez. Fritz Sauckel

H3825 – 0011

den 5.April 1944

An

den F ü h r e r,

Führerhauptquartier.

Mein Führer!

Gauleiter Sauckel hat Ihnen als Generalbevollmächtigter fürden Arbeitseinsatzam 17.3.44 eine Denkschrift übersandt, in der er verlangt, dass die in den besetzten Westgebieten befindlichen Sperrbetriebe der Rüstungs- und Kriegsproduktion nach s e i n e m Ermessen für Arbeiterabzüge freigegeben werden.

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Die bereits erfolgte und noch zu erwartende Ausweitung der Rüstungs- und Kriegsproduktion erfordert ein immer stärkeres Einschalten der besetzten Gebiete und befreundeten Länder. (Italien, Ungarn).

Solange nicht die wichtigsten Rüstungsfertigungen des Reiches luftschutzmässig gesichert sind, habe ich ausserdemein Interesse daran, das

-2-

B040235

H3825 – 0012

eine weitgehende Streuung auf möglichst viele Betriebe durchgeführt ist. Hierzu benötige ich zunächst vor allem auch eine ungestörte Fertigung inden besetzten Gebieten.

In meinen Besprechungen mit Minister Bichelonne, die im September 1943 stattfanden, wurde die Verlagerung nach Frankreich festgelegt und anschliessend mit Parteigenosse Sauckel der Begriff der Sperrbetriebe für die gesamten besetzten Gebiete geschaffen, nachdem die laufenden Arbeiterabzüge nach Deutschland aus diesen, für die Rüstungs- und Kriegsproduktion wichtigen Betrieben eine starke Beunruhigung hervorgerufen hatten.

Nach demvon mir eindeutig festgelegten und von Parteigenossen Sauckel bis dahin immer anerkannten Grundsatz, dass die in der Rüstung- und Kriegsproduktion befindlichen Arbeitskräfte seinem Zugriff entzogensind, soweit ich mich nicht mit einem Abzug oder einer Umsetzung einverstanden erklärt hatte, wurden damals die Sperrbetriebe in den besetzten Gebieten mit seiner Zustimmung geschaffen undvon mir erklärt.

Ich habe die damals den Sperrbetrieben gegebene Zusage erneuert, nachdem Sie, mein Führer, in der seinerzeitigen Besprechung im Führerhauptquartier am 4.1.1944 ausdrücklich und ohne Widerspruch des Parteigenossen Sauckel festgestellt hatten, dass dieSperrbetriebe in den besetzten Gebie-

B 040236

H3825 – 0013

ten von Arbeiterabzügen befreit sein sollen.

Ich kann von der bei der Einrichtung der Sperrbetriebe diesen gemachten Zusage nicht abgehen, da in jedem dieser Sperrbetriebe eine, von meiner Sienststelle erlassene Bekanntmachung aushangt, in der die Tatsache des Schutzes vor Einziehungen nach Deutschland ausdrücklich festgelegt ist.

Zudem würde eine Genehmigung des von Parteigenossen Sauckel verlangten Eingriffes s e i n e r Dienststellen in der Rüstung- und Kriegsproduktion einen ersten und schweren Einbruch in die von mir in mühevoller Arbeit aufgebaute totale Führung meines Aufgabenbereichs bedeuten und damit dessenweitere verantwortliche Führung ernstlich gefährden.

Bisher hat Gauleiter Sauckel sich stets darauf beschränkt, mir die Arbeitskräfte für die Betriebe der Rüstung- und Kriegsproduktion zuzuführen, während über deren Verwendung in meinen Betrieben oder deren Umsetzung nur ich allein zu bestimmen hatte.

Die Gesamtzahl der in den Sperrbetrieben der Rüstung- und Kriegsproduktion geschützten Arbeitskräfte beträgt zur Zeit in den besetzten Westgebieten nur etwa 2.7oo ooo Beschäftigte, die allerdings, um den Anforderungen, die ich an die besetzten Westgebiete stellen muss, entspre-

04023 7

chen zu können, in Kürze auf etwa 3 Millionen erhöhtwerden müssen. Das ist beieiner Gesamteinwohnerzahl von 57 Millionen in den besetzten Westgebieten keinesfalls ein untragbarer Prozentsatz. Er liegt vielmehr weit unter dem in Deutschland für die Rüstung- und Kriegsproduktion eingesetzten Arbeitskräfte (besetzte Gebiete 1:21, Deutschland 1:8).

Es muss möglich sein, bei den in Frankreich insgesamt zur Verfügung stehenden Zahlen auf diese Kräfte zu verzichten, ohne damit die Gewinnung weiterer Arbeitskräfte für Deutschland zugefährden.

Ich bedaure, dass Parteigenosse Sauckel nicht v o r seinem Schreiben an Sie, mein Führer, versucht hat, mit mir über die Behandlung der Sperrbetriebe eine Einigung zu erzielen. Viele der strittigen Punkte könnten zweifellos im gegenseitigen Einvernehmen erledigt werden, besonders im Hinblick auf denvon ihm bisher stets anerkannten Grundsatz, dass die Arbeitskräfte in den Betrieben der Rüstungs- und Kriegsproduktion, auch inden besetzten Gebieten, mir hauptverantwortlich unterstehen.

Ich bitte anzuordnen, dass

1.) die Sperrbetriebe in den besetzten Gebieten und in Italien den Vereinbarungen entsprechend

-5-

040238

H3825 – 0014

H3825 - 0015

weiter geschützt bleiben,

2.) Ausnahmen hiervon nur von mir bezw. mit meinem Einverständnis zugelassen sind und

3.) der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz zur weiteren Verständigung sich mit mir in Verbindung setzt.

Ich bedaüre es sehr, dass ich Ihnen, mein Führer, nunmehr dëese Angelegenheit vortragen muss, nachdem ich sonst viel wichtigere und bedeutungsvollere Vorgänge, die mich weit mehr bedrücken, selbst erledige, um Ihnen bei Ihrer ungeheuren Belastung keine unnötigen Sorgen zu bereiten.

Heil mein Führer!

Ihr gez. Speer

12

B 040239

H3825 – 0016

Zu Rk.5683 C II 8756 Berlin, den 11.Juli 1944

Voraussichtliche Teilnehmer an der Chefbesprechung
vom 11.Juli 1944

(fernmündliche oder schriftliche Mitteilungen) :

1. Beauftragter für den Vierjahresplan:
   Staatssekretär Körner
2. Reichsminister des Innern:
   Staatssekretär Dr.Stuckart

   Chef der Sicherheitspolizei Kaltenbrunner
3. Reichswirtschaftsminister:
   Reichsminister Funk
   ~~Ministerialdirektor Dr.Michel~~
4. Reichsminister der Finanzen:
   Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk
5. Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion:
   Reichsminister Speer
6. Vertreter der Wehrmacht:
   Vertreter des Chefs des OKW:
   General Warlimont
   Begleiter: Oberst Meixner

   Vertreter des Generalquartiermeisters Heer:
   Ministerialdirektor Sarnow

   Vertreter des Bevollmächtigten Generals Italien:
   Staatssekretär Landfried

   Vertreter des Chefs des Stabes:
   Oberst Hahn

   Für den Militärbefehlshaber Frankreich:
   Chef des Stabes: Oberst von Linstow und
   Ministerialdirektor Michel

   Für den Militärbefehlshaber Belgien/Nordfrankreich:
   Chef des Stabes: Generalmajor Heider und Militär-
   verwaltungschef Reder

3. 7.

7. Reichsminister des Auswärtigen:
Staatssekretär von Steengracht
Botschafter Rahn
Botschafter Abetz

8. Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft:
Reichsminister Backe

9. Partei-Kanzlei:
Staatssekretär Dr.Klopfer
Ministerialrat Fröhling

10. Deutsche Arbeitsfront:
Reichsleiter Dr.Ley
Begleiter: Pg.Bandel

11. GBA.:
Gauleiter Sauckel

12. Oberster Kommissar Alpenvorland:
Gauwirtschaftsberater Bilgeri
Leiter des Arbeitsbereichs Arbeitseinsatz Dr.Kral
(oder Stellvertreter)

13. Oberster Kommissar Adriatisches Küstenland:
Oberregierungsrat Dr.Kohlhaase

H3825 - 0017

H3825 – 0018

Zu Rk. 5815 C

Berlin, den 12. Juli 1944

Betrifft: Verstärkte Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte.

Chefbesprechung am 11. Juli 1944.

1.) V e r m e r k :

An der Chefbesprechung nahmen die in der beiliegenden Anwesenheitsliste verzeichneten Ressort~~vertreter~~ teil.

x o

Eine Gewähr für die völlige Lückenlosigkeit der Liste kann nicht übernommen werden, da sich nicht alle Teilnehmer eingezeichnet haben.

Frl. Frobenius

Reichsminister Dr. Lammers berichtete einleitend über die verschiedenen vorliegenden Anträge des GBA., die dem Zweck dienen, die zur Erringung des Endsieges unbedingt erforderliche Verstärkung des Arbeitseinsatzes in Deutschland herbeizuführen. Er grenzte das Thema der Erörterungen dahin ab, daß an sich alle Möglichkeiten zu prüfen seien, wie das vorhandene Defizit an ausländischen Arbeitskräften gedeckt werden könnte, zum Beispiel auch die Frage der Wiederherstellung eines annehmbaren Preis- und Lohngefälles zwischen dem Reich und den außerdeutschen Gebieten. Im Vordergrunde werde aber die Klärung der Frage stehen müssen, ob und in welcher Form ein größerer Zwang zur Arbeitsaufnahme in Deutschland ausgeübt werden könnte. Hierzu sei zu prüfen, wie die Exekutive, über deren Unzulänglichkeit der

GBA.

Schm

H3825 – 0019

GBA. lebhaft Klage führe, verstärkt werden könne, einmal durch eine Einwirkung auf die ausländischen Regierungen und zum anderen durch einen Ausbau der eigenen Exekutive, sei es durch eine stärkere Einschaltung der Wehrmacht, der Polizei oder sonstiger deutscher Stellen. Reichsminister Dr. Lammers erteilte sodann dem GBA., Gauleiter Sauckel, das Wort.

Gauleiter Sauckel erklärte, daß das derzeitige Defizit gegenüber dem bis zum 30. Juni d.J. zu erfüllenden Halbjahresprogramm von 2 025 000 ausländischen Arbeitskräften 500 000 Arbeitskräfte betrage. Von den bis jetzt insgesamt herangezogenen 1 500 000 Arbeitskräften seien nicht weniger als 865 000 Deutsche, davon je die Hälfte Lehrlinge und Frauen, die beide nicht als vollwertige Kräfte angesprochen werden könnten. Von den 560 000 Ausländern, die herangezogen worden seien, stammten allein 3/4 aus dem Osten. Dieses Ergebnis stelle einen Skandal gegenüber dem in stärkster Weise in den Arbeitsprozeß eingeschalteten deutschen Volke und einen völligen Bankrott der deutschen Autorität in Italien und Frankreich dar, wo noch Hunderttausende von Arbeitskräften bummelten. Wir hätten bei der Durchführung des Arbeitseinsatzes nicht die nötige Härte aufgebracht und besonders die erforderliche Einigkeit der deutschen Dienststellen nicht erzielen können. Es gehe nicht an, daß deutsche Stellen in unverantwortlicher Weise in die Aufgaben des GBA. eingriffen. Dieser müsse weitaus größere Ellenbogenfreiheit haben, so wie dies im Jahre 1942 der Fall gewesen

H3825 – 0020

wesen sei. Mit den Methoden der Werbung zum freiwilligen Einsatz sei nicht weiterzukommen, schon deshalb nicht, weil die noch vorhandenen Freiwilligen sich Gefahren an Leib und Leben durch Repressalien ihrer eigenen Landsleute aussetzten. Wenn sie dagegen zwangsweise verpflichtet und im Arbeitseinsatz anständig behandelt würden, so leisteten sie völlig zufriedenstellende Arbeit. Die Behandlung der mit dem Thema im Zusammenhang stehenden Lohn- und Preisfragen sei zwar wünschenswert, aber bei der derzeitigen Lage nicht mehr so wichtig. Wenn nicht jetzt gehandelt würde, dann scheitere unser Arbeitseinsatzprogramm mit der Folge, daß die kämpfende Truppe nicht mehr die Waffen erhalten könne, die sie brauche.

Staatssekretär von Steengracht, Auswärtiges Amt, betonte, daß der Reichsminister des Auswärtigen von Anfang an den gleichen Standpunkt wie der GBA. vertreten habe. Das Auswärtige Amt könne jedoch nichts anderes tun, als den ausländischen Regierungen mehr oder weniger intensiv die Erfüllung der deutschen Forderungen nahezulegen, was bisher stets geschehen sei. Die Exekutive liege bei anderen Stellen, die sich daher zunächst zu dem Besprechungsgegenstand äußern müßten.

Der Vertreter des Chefs OKW., General Warlimont, nahm Bezug auf einen kürzlich ergangenen Führerbefehl, wonach alle deutschen Kräfte sich in den Dienst der Aufgabe der Gewinnung von Arbeitskräften zu stellen hätten. Wo die Wehrmacht stehe und nicht durch dringende militärische Aufgaben

in

040225

in Anspruch genommen sei (wie z.B. durch den Ausbau der Küstenverteidigung) stehe sie zur Verfügung, sie könne aber nicht eigens für die Zwecke des CBA. abgestellt werden. General Warlimont machte folgende praktischen Vorschläge:

a) Die zur Bandenbekämpfung eingesetzten Truppen übernehmen zusätzlich die Aufgabe der Gewinnung von Arbeitskräften in den Bandengebieten. Jeder, der nicht einwandfrei den Zweck seines Aufenthalts in diesen Gebieten nachweisen kann, wird zwangsweise erfaßt.

b) Wenn Großstädte wegen der Schwierigkeit der Lebensmittelversorgung ganz oder teilweise evakuiert werden, wird die arbeitseinsatzfähige Bevölkerung unter Mithilfe der Wehrmacht zum Arbeitseinsatz gebracht.

c) Unter den Flüchtlingen aus frontnahen Gebieten wird die Erfassung zum Arbeitseinsatz unter Mithilfe der Wehrmacht besonders intensiv betrieben.

Gauleiter Sauckel nahm diese Vorschläge mit Dank an und äußerte die Erwartung, daß damit schon gewisse Erfolge erzielt werden könnten.

Für den Militärbefehlshaber Belgien und Nordfrankreich stellte Militärverwaltungschef Reeder die Möglichkeit eines Ausbaues der z.Zt. nur 70 Köpfe umfassenden Feldgendarmerie und des aus Flamen und Wallonen bestehenden zivilen Fahndungsdienstes (1100 Köpfe) zur Erörterung. Wenn die Feldgendarmerie auf 200 Kräfte verstärkt würde, würden beachtliche Fahndungsergebnisse erzielt werden können. Auf Anfrage von Reichsminister Dr. Lammers sagte General Warlimont

H3825 – 0021

mont für das OKW. diese Verstärkung des Fahndungsdienstes zu.

Auf weitere Anfrage von Reichsminister Dr. Lammers, ob nicht beim Zurückgehen der Truppe die einsatzfähige Bevölkerung mitgenommen werden könne, erklärte Oberst Saas (Bevollmächtigter General Italien), Generalfeldmarschall Kesselring habe bereits angeordnet, daß die Bevölkerung in 30 km Tiefe hinter dem Frontgebiet "gefangen" würde. Auf weiter zurückliegende Gebiete könne diese Aktion aber nicht ausgedehnt werden, da dadurch schwerste Erschütterungen in der gesamten Struktur dieser Räume, besonders hinsichtlich der noch voll beschäftigten Industrie, hervorgerufen werden würden.

Gauleiter Sauckel war der Auffassung, daß weiteste Kreise der Wehrmacht im Arbeitseinsatz etwas Anrüchiges sähen. Es sei sogar vorgekommen, daß deutsche Soldaten die Bevölkerung vor der Erfassung durch den deutschen Arbeitseinsatz zu schützen versuchten. Deshalb erscheine eine Unterrichtung der kämpfenden Truppe über die außerordentliche Wichtigkeit des Arbeitseinsatzes erforderlich. Im Gegensatz zu der viel zu milden deutschen Methode gehöre es zur bolschewistischen Kriegsauffassung, sofort bei der Besetzung von Gebieten die gesamte Bevölkerung durch die kämpfende Truppe zum Arbeitseinsatz heranzuziehen. Die Frage der Exekutive sei nicht eine solche des Masseneinsatzes sondern der Konsequenz. Man müsse endlich dazu übergehen, Exempel zu statuieren, dann würde die passive Resistenz

H3825 – 0022

040227

H3825 – 0023

stenz sich sehr schnell in aktive Mitarbeit verwandeln. Man dürfe auch nicht davor zurückschrecken, mit drastischen Mitteln gegen die Behördenleiter selbst vorzugehen, die den Arbeitseinsatz sabotierten. Nicht die kleinen Refraktäre müssen bestraft werden, sondern die verantwortlichen Behördenleiter. Außer diesen Zwangsmaßnahmen müßten auch andere Mittel angewendet werden. So sei daran zu denken, einen großen Teil der ausstehenden ausgezeichneten italienischen Ernte abzutransportieren, um damit die Rationen der deutschen und ausländischen Arbeiter zu verbessern. Ein besonderes Problem stelle die gänzlich unzulängliche Ernährung der italienischen Militärinternierten dar, die geradezu am Verhungern seien. Der Führer möge gebeten werden, das Statut für diese Militärinternierten stufenweise ändern zu lassen. Damit würden nicht unbeträchtliche Arbeitsenergien freigemacht werden.

Reichsleiter Dr. Ley unterstrich diese Ausführungen und schlug die Bildung eines Fahndungsdienstes aus allen deutschen Kräften in den außerdeutschen Gebieten vor, die rücksichtslose Aushebungen in großen Gebieten durchführen müßten.

Gegen diese Vorschläge wurden Bedenken geäußert:

Reichsminister Funk erwartet von rücksichtslosen Razzien erhebliche Störungen der Produktion in den außerdeutschen Gebieten. Der gleichen Auffassung ist Militärverwaltungschef Italien, Staatssekretär Dr. Landfried, der die zur Exekutive zusammenzufassenden deutschen Kräfte für

B 040228

H3825 – 0024

für zu gering hält und befürchtet, daß die italienische Bevölkerung sich in großer Zahl der Erfassung entziehen und in unkontrollierbare Gegenden flüchten wird.

Reichsminister Speer führte aus, daß er sowohl ein Interesse daran habe, den Arbeitseinsatz im Reich stärker zu aktivieren wie auch die Produktion in den außerdeutschen Gebieten aufrechtzuerhalten. Aus den besetzten Westgebieten und Italien seien bisher 25 - 30 v.H. der deutschen Kriegsproduktion bestritten worden, aus Italien allein 12 1/2 v.H. Der Führer habe kürzlich entschieden, daß diese Produktion so lange wie möglich aufrechterhalten werden müsse, trotz der jetzt schon - vor allem auf dem Gebiete des Verkehrs - bestehenden Schwierigkeiten. Die Exekutive ist nach Auffassung von Reichsminister Speer wohl in der Lage, mit den derzeitigen Kräften ausländische Arbeiter zu erfassen, da hierfür eine relativ geringe Zahl von Exekutivmannschaften ausreichen werde. Es bedürfe nur schärferer Befehle, jedoch dürften nicht Gewaltmaßnahmen und Razzien großen Stils durchgeführt werden. Vielmehr müsse mit sauberen Methoden Schritt für Schritt vorgegangen werden.

Für den Militärbefehlshaber Frankreich bezog sich Militärverwaltungschef Dr. Michel auf die Ausführungen von Staatssekretär Dr. Landfried und vertrat die Auffassung, daß die Lage in Frankreich ähnlich sei. Der Aufruf ganzer Jahrgänge sei in Frankreich vorbereitet, jedoch noch nicht angelaufen, da die deutschen militärischen Stellen hierzu ihre Genehmigung noch nicht erteilen konnten. Der gute

Wille

B 040229

H3825 – 0025

Wille der obersten französischen Stellen sei nicht zu bezweifeln, er fehle aber zum Teil bei den unteren und mittleren Stellen. Diese und die Arbeitswilligen selbst setzen sich bei einer loyalen Haltung gegenüber den deutschen Stellen Repressalien seitens der französischen Bevölkerung aus.

Botschafter Abetz bestätigte diese Ausführungen. Die Anwendung scharfer Mittel, wie des Erschießens von französischen Funktionären nütze nichts, man werde damit die Bevölkerung nur um so eher ins maquis treiben. In diesen Gebieten, in denen ohnehin die Wehrmacht eingesetzt sei, könnten aber zweifellos noch einige 10 000 Arbeitskräfte erfaßt werden. Im Anschluß daran könnten dieselben deutschen Einsatzkräfte zu Exekutivmaßnahmen herangezogen werden, bei denen ebenfalls Arbeitskräfte in größerer Zahl anfallen würden. In Paris, an dessen Evakuierung gedacht sei, könnten 100 000 - 200 000 Arbeitskräfte erfaßt werden. In diesem Zusammenhang könnten vielleicht auch ganze Betriebsgemeinschaften verpflanzt werden.

Der Chef der Sicherheitspolizei, Dr. Kaltenbrunner, erklärte sich auf Befragen des GBA. bereit, die Sicherheitspolizei mit zur Verfügung zu stellen, wies aber auf deren zahlenmäßige Schwäche hin. Für ganz Frankreich habe er nur 2 400 Mann zur Verfügung. Es sei fraglich, ob man mit diesen schwachen Kräften ganze Jahrgänge erfassen könne. Nach seiner Auffassung müsse das Auswärtige Amt einen stärkeren Einfluß auf die ausländischen Regierungen ausüben.

Hierzu

3040230

10

Hierzu äußerte sich Staatssekretär von Steengracht (Auswärtiges Amt). Die mit den ausländischen Regierungen getroffenen Abmachungen reichten völlig aus. Die Regierungen hätten sich auf Einwirkung des Auswärtigen Amts bisher stets bereit gefunden, die entsprechenden Anordnungen zu erlassen. Wenn diese Anordnungen nicht durchgeführt würden, so liege dies auch an der unzureichenden Exekutive der ausländischen Regierungen selbst. In Frankreich habe man diese aus politischen Gründen auf das dürftigste Maß beschränkt, in Italien gebe es praktisch überhaupt keine Exekutive mehr. Das Auswärtige Amt sei jederzeit bereit, einen stärkeren Druck auf die ausländischen Regierungen auszuüben, verspreche sich davon aber nicht viel. Staatssekretär von Steengracht bat Botschafter Rahn, dazu für Italien Stellung zu nehmen.

Botschafter Rahn glaubt, daß eine genügende Anzahl von Arbeitskräften in Italien noch vorhanden sei, so daß theoretisch noch 1 Million herausgeholt werden könnte, obwohl 2/3 der italienischen Gebiete - auch bevölkerungsmäßig - verloren gegangen seien. Er sei immer für das System der Jahresklasseneinziehung gewesen. Dies sei auch bis vor dem Fall von Rom im ganzen erfolgreich gewesen, wie sich daraus ergebe, daß für militärische Zwecke 200 000 Italiener hätten erfaßt werden können. Seitdem sei aber die Lage in Italien ungeheuer schwierig geworden, da der Fall von Rom auf das italienische Volk eine ungeheure Schockwirkung ausgeübt habe. Die deutschen Stellen hätten sich bemüht, diese

H3825 – 0026

8 040 231

H3825 – 0027

diese Auswirkungen abzufangen und die Gesamtexekutive in der Person des Marschalls Graziani vereint. Z.Zt. sei aber die Anwendung gewaltsamer Methoden im großen nicht möglich, da damit eine völlige Unordnung und Störung der Produktion hervorgerufen werden würde. Das beste Beispiel hierfür bilde die vom Führer wegen der Streiks in Turin angeordnete Vergeltungsaktion, durch die 10 % der Belegschaften als Arbeitsunwillige hätten erfaßt werden sollen. Man habe zu diesem Zweck 4 000 deutsche Kräfte zusammengezogen. Das Ergebnis sei die Abschnürung der Lebensmittelzufuhren nach Turin durch die Widerstandsbewegung und die Unterbrechung der Energieversorgung gewesen, so daß 250 000 Arbeiter hätten feiern müssen. Dies könne im Hinblick auf den beachtlichen Kriegsbeitrag der italienischen Rüstungsindustrie nicht verantwortet werden. Generalfeldmarschall Kesselring habe erklärt, daß eine Weiterführung der Zwangsverpflichtungen nicht nur den Verlust der Rüstungsproduktion im oberitalienischen Raum, sondern den Verlust des ganzen Kriegsschauplatzes nach sich ziehen würde. Dieser Feststellung gegenüber müsse der härteste politische Wille schweigen. Das einzige, was geschehen könne, wäre die Durchführung von Zwangsverpflichtungen im eigentlichen Rebellengebiet. Botschafter Rahn hält folgende praktischen Vorschläge für durchführbar:

a) Die Freiwilligenwerbung ist fortzusetzen.

b) Es sind in beschränktem Umfange geschlossene Betriebe mit Maschinen und Arbeitern in das Reich zu überführen.

B 040232

c)

H3825 – 0028

c) Die Überweisung der Lohnersparnisse der italienischen Arbeiter in Deutschland in ihre Heimat, bei der manches im argen liegt, ist sicherzustellen. Hierfür ist ein automatisches Verfahren einzuführen, das Botschafter Rahn bereits in anderem Zusammenhang vorgeschlagen hat.

d) Das System der Jahresklasseneinziehung wird dann wieder eingeführt, wenn die deutschen militärischen Stellen den Zeitpunkt hierfür als gekommen erachten.

Zu der Mitteilung der Bemerkung von Generalfeldmarschall Kesselring nahm General Warlimont (OKW) dahin Stellung, daß dem OKW. diese Bemerkung nicht bekannt sei. Man möge daher die Billigung dieses Standpunktes durch das OKW. noch nicht annehmen.

Gauleiter Sauckel erklärte alle diese Vorschläge für ungenügend, da sie nicht geeignet seien, diejenigen Massen an Arbeitskräften in Bewegung zu setzen, die er brauche. Die Durchführung aller dieser Vorschläge sei schon praktisch versucht worden, da die Arbeitseinsatzbehörden sich von jeher nicht auf eine Methode beschränkt hätten. Als Krebsschaden für die Durchführung des Arbeitseinsatzes müsse er es nach wie vor bezeichnen, daß man überhaupt seine weitgehenden Zuständigkeiten und Vollmachten zur Diskussion gestellt hätte. Was er benötige, sei, wie schon bemerkt, "Ellenbogenfreiheit".

Auf Anregung von Reichsminister Dr. Lammers erklärte sich Gauleiter Sauckel bereit, einige programmatische

Forderungen

040233

H3825 – 0029

Forderungen aufzustellen, die er mit den Beteiligten noch abstimmen will und die dann dem Führer mit der Bitte um Anerkennung und Legalisierung vorgelegt werden sollen. Eine schriftliche Formulierung soll noch erfolgen. Vorläufig legte der GBA. seine Forderungen dahin fest:

a) Die Vorschläge von General Warlimont werden unmittelbar zwischen den Beteiligten noch näher erörtert und gemeinsam ausgeführt.

b) Der GBA. erhält die Erlaubnis, einen landeseigenen Sicherungs- und Werbeapparat für den Arbeitseinsatz aufzustellen, der auf Grund von Weisungen und Richtlinien des GBA. arbeitet, ohne daß sich andere Stellen darin einzumischen haben.

c) Die Anordnungen der französischen und italienischen Stellen über den deutschen Arbeitseinsatz müssen durch konkretisierte Ausführungsbestimmungen untermauert werden, die gewährleisten, daß die ausländischen Stellen in aktivster Weise bei der Gewinnung von Arbeitskräften mitarbeiten.

Reichsminister Dr. Lammers schloß nach diesen Ausführungen die Sitzung mit dem Hinweis, daß er den Führer über deren Ergebnis unterrichten würde und die weitere Behandlung des Problems, wie in Aussicht genommen, den Beteiligten überlasse.

2.) Herrn R e i c h s m i n i s t e r
gehorsamst vorgelegt.

B040234

H3825 – 0030

Anwesenheitsliste

für die Besprechung in der Reichskanzlei

am 11. J u l i 1944 16 Uhr

N a m e	Amtsbezeichnung	Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]

H3825 – 0031

Anwesenheitsliste

für die Besprechung in der Reichskanzlei

am 11. Juli 1944 16 Uhr

Name	Amtsbezeichnung	Dienststelle
Jarnow	Min. Direktor	Gen. Z. d. H. Gen. Ges.
Fögel	Obstlt. i. G.	Gen. St. d. H. (Gen. Qu.
Pfeffer	Chef der M. V.	Brüssel
[illegible]	" [illegible]	"
[illegible]	—	
[illegible]	G. B. A.	Berlin
[illegible]	Min.	R. d. M.
[illegible]	Oberbefehlsleiter	D. A. E.
Leyers	Generalbauinspektor Rat	Halden

Weiter anwesend:

VS d. Klopfer (Parteikanzlei)

Min. Rat [illegible]

Botschafter [illegible]

VS d. [illegible] (DDS)

[illegible] d. [illegible]

Generalarbeitsführer [illegible] (GDA)

Oberst [illegible] (OKW)

(2400)

H3825-0031A

3819 — PS

Filed
6 April 1946
L Brann

3819-PS.

H-3825

G. B. EXHIBIT

N° 306

B 040211

28

H3825 – 0032

H3825 – 0033

28 pages

H3825 – 0034

G.B. EXHIBIT # 306

161